

Die Klagen über die Milchversorgung.

Die Klagen über mangelhafte und ungerechte Beteiligung mehren sich von Tag zu Tag. Kranke Frauen beschwerten sich, daß sie keine Milch erhalten können, obwohl andre Parteien, die infolge ihrer Vermögenslage auch alle andern Lebensmittel zu beschaffen in der Lage sind, noch immer regelmäßig ihre reichliche Milchzufuhr genießen. Mütter von Kindern sind in verzweiflungsvoller Lage, weil sie die verhängnisvollen Folgen des entzogenen Milchgenusses in der schwindenden Gesundheit ihrer Kinder wahrnehmen und trotz aller Mühe und Laufereien nicht in die Lage kommen, das den Kindern zukommende Milchquantum auch tatsächlich zu erhalten. Das zuständige Amt, das Abhilfe schaffen soll, ist die städtische Milchversorgungsstelle. Leider hat diese nicht jene Kompetenz, die auch auf die Produktion und erhöhte Zulieferung Einfluß nehmen könnte. Die städtische Milchversorgungsstelle muß sich darauf beschränken, die Mißstände darzulegen und in Form von Eingaben an die Statthalterei die Hilfe der Regierung zu verlangen. Eine Unzahl solcher Eingaben ist bereits gemacht worden; dieselben wandern anscheinend von Schreibtisch zu Schreibtisch und die Milchanklieferung Wiens geht täglich mehr zurück.

In Deutschland hat man für die ganze Provinz Brandenburg eine Verordnung erlassen, wonach Vollmilch nur für Kinder und Kranke (stillende Mütter, schwangere Frauen) abgegeben werden darf, während alle übrige Milch zentral gesammelt und nur in Form von Magermilch und Butter in den Verkehr gebracht wird. Damit beugt man dem Umstande vor, daß die bemittelten Konsumenten, die in der Lage sind, sich täglich Butter und Fett zu verschaffen, auch noch das Fett der Milch im Genuße der Vollmilch erhalten, während die Armen, die die Butterpreise längst nicht mehr bezahlen können, auch noch durch die Knappheit der Milch um den Milchgenuß gebracht werden. Es wurde nun der Milchversorgungsstelle die Frage vorgelegt, ob eine ähnliche Maßregel sich nicht auch bei uns bewähren und zur gleichmäßigen Verteilung der Milch beitragen würde. Leider wird von Interessentkreisen die Unmöglichkeit der Durchführung infolge mangelnder technischer Einrichtungen erklärt. Es bleibt also höchstwahrscheinlich beim bisherigen haltlosen Zustand: weiterwursteln! . . .